

Niederschrift
der 07. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 10.07.2025
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:00 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Stefan Bauschke

stellv. Vorsitzende/r

Herr Thomas Haack
Herr Jürgen Suhr

Mitglieder

Herr Volker Borbe ab 17:03 Uhr
Herr Jan Gottschling
Herr Stefan Nachtwey
Herr Jens Radtke
Herr Daniel Ruddies
Herr Oliver Schön

Vertreter

Herr Bernd Röll Vertretung für Herrn Mathias Leddin
bis 18:45 Uhr

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch
Frau Silvana Mundt
Frau Heide Niemann
Herr Dr. Frank-Bertolt Raith
Frau Ramona Sonnack
Frau Kristina Wilcke
Frau Karin Zech

Gäste

Herr Sebastian Lange
Frau Kerstin Wunderlich

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 06. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 22.05.2025

- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1** Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 24 der Hansestadt Stralsund "Wohngebiet zwischen Boddenweg und Gustower Weg", Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: B 0023/2025
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1** Schilderbrücken - Bürgerbeschwerde
- 4.2** Fahrradunterstand Knieperstraße 20A
- 4.3** Greifswalder Chaussee, Bereich Haltestellen Memo Klinik - Vorstellung Entwurfsplanung
- 4.4** Stadtrundfahrten Altstadt - Lösungsmöglichkeiten Konfliktsituationen
- 4.5** Projekt "Grüner Boulevard" - Verkehrsversuch
- 4.6** Jahresbericht der Klimaschutzbeauftragten
- 5** Verschiedenes
- 10** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 10 Mitgliedern des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung sind zu Beginn 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 06. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 22.05.2025

Die Niederschrift der 06. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 22.05.2025 wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 24 der Hansestadt Stralsund "Wohngebiet zwischen Boddenweg und Gustower Weg", Abwägungs- und Satzungsbeschluss Vorlage: B 0023/2025

Herr Dr. Raith führt allgemein in die Thematik ein.

Es handelt sich um einen städtebaulichen Missstand, der mit der Umsetzung des Vorhabens beseitigt wird. Der Durchführungsvertrag befindet sich ebenfalls auf dem Gremienweg.

In Bezug auf den Gewerbe- und Verkehrslärm erklärt der Amtsleiter, dass die Kunden und Kundinnen zukünftig direkt über die Greifswalder Chaussee zu den Märkten geleitet werden sollen.

Frau Zech erklärt, dass ein Wohngebiet mit ca. 150 Wohneinheiten entstehen soll. Im Jahr 2021 wurde das Bebauungsplanverfahren eingeleitet. In den Jahren 2022 und 2024 wurden die Öffentlichkeit und die Träger öffentlicher Belange beteiligt. Mit Beschluss der Bürgerschaft kann das B-Planverfahren nun abgeschlossen werden.

Die als dreigeschossig geplanten Mehrfamilienhäuser entstehen entlang des Boddenweges. Außerdem fünf Stadtvillen entlang des Gustower Weges, drei bis vier geschossig. Alle Baukörper können mit einem zusätzlichen Staffelgeschoss ausgestattet werden.

Herr Dr. Raith ergänzt, dass die Planzeichnung 6 Stadtvillen ausweist. Bei einer Villa handelt es sich um ein Projekt eines anderen Investors außerhalb des Grundstückes. Gemäß § 12 (3) BauGB wurde der Bereich in den Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes einbezogen.

Herr Röhl erkundigt sich, ob das Vorkommen der Grasmücke in der Abwägung berücksichtigt wurde.

Frau Zech erklärt, dass in den textlichen Festsetzungen auf Fledermäuse und Mehlschwalben eingegangen wurde. Herr Dr. Raith fügt hinzu, dass die Grasmücke von der Bauzeitenregelung profitiert und eine Festsetzung entbehrlich ist

Herr Gottschling erfragt, ob der Vorhabenträger die Kosten für eine eventuelle Bodensanierung selbst trägt. Herr Dr. Raith bestätigt die Annahme und weist auf entsprechende Regelungen im Durchführungsvertrag hin.

Auf die Frage von Herrn Suhr führt Herr Dr. Raith aus, dass die Radwegführung entlang des Gustower Weges erfolgt. Über die Verlängerung des Gustower Weges soll der Radweg dann über den nördlich angrenzenden B-Plan 75 weitergeführt werden. Hierzu soll eine Fahrradstraße gebaut werden.

Da es keinen weiteren Redebedarf gibt, stellt Herr Bauschke die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0023/2025 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 10 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Schilderbrücken - Bürgerbeschwerde

Herr Bauschke eröffnet den Tagesordnungspunkt mit Ausführungen zu der vorliegenden Bürgerbeschwerde und erklärt, dass der Präsident der Bürgerschaft den Ausschuss zu einer Stellungnahme aufgefordert hat.

Herr Dr. Raith stimmt dem Beschwerdeführer zu, dass die Schilderbrücken jetzt überdimensioniert sind, ein Abbau der Schilderbrücken und das Aufstellen neuer Schilder aber sehr teuer ist. Der Amtsleiter spricht von einem fünfstelligen Betrag. Er plädiert dafür, die Schilderbrücken beizubehalten, solange kein Handlungsbedarf besteht.

Herr Röhl erfragt, ob von den Schilderbrücken irgendwelche Gefahren oder Störungen ausgehen.

Herr Dr. Raith betont, dass dies nicht der Fall ist.

Herr Suhr erkundigt sich, von welchem fünfstelligem Betrag die Verwaltung für einen Abbau ausgeht.

Frau Wilcke erklärt, dass dies schwer einzuschätzen sei, sie aber aufgrund des benötigten schweren Gerätes und der Entsorgung des Materials von mindestens 30.000 – 40.000 € ausgehe.

Mit Blick auf den Haushalt und der Tatsache, dass von den Schilderbrücken keine Gefahr ausgeht, sprechen sich die Ausschussmitglieder dafür aus, den Status Quo beizubehalten.

Herr Bauschke weist darauf hin, dass es den Fraktionen freisteht, das Thema aufzugreifen und dazu einen Antrag in der Bürgerschaft zu stellen.

Der Präsident der Bürgerschaft wird über das Beratungsergebnis informiert.

Herr Bauschke schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.2 Fahrradunterstand Knieperstraße 20A

Herr Suhr beantragt Rederecht für Herrn Jan Schmidt-Marfo.

Abstimmung: 10 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Somit erhält Herr Schmidt-Marfo Rederecht.

Zu Beginn weist der Ausschussvorsitzende darauf hin, dass es sich um ein Verwaltungsverfahren handelt, welches genehmigt wurde.

Aus Sicht von Herrn Haack handelt es sich um ein Problem zwischen der Verwaltung und der Bürgerschaft, da es sich ihm nicht erschließt, wie für das Vorhaben eine Baugenehmigung erteilt werden konnte.

Herr Suhr begrüßt es, dass sich der Bauherr an die Fraktionen gewendet hat und Bereitschaft zeigt, etwas zu ändern. Formal stimmt er Herrn Haack zu, dennoch spricht er sich dafür aus, konstruktiv an einer Lösung zu arbeiten. Zumal der Bauherr bereit ist, Veränderungen vorzunehmen.

Herr Schmidt-Marfo erklärt, dass er nach Rücksprache mit einem Architekten den Schuppen auf einen Sockel stellen würde. Außerdem ist eine Begrünung sinnvoll. Die Verwaltung hat die Pflanzung eines Baumes im Sinn, der Miteigentümer plädiert eher für ein rankendes Gewächs. Dazu laufen noch Gespräche mit der Verwaltung. Eine Umsetzung könnte im Oktober erfolgen.

Die Ausschussmitglieder begrüßen die Bereitschaft von Herrn Schmidt-Marfo, den Schuppen anzupassen, wobei Herr Bauschke es als schwierig betrachtet, sich in einzelne Vorgänge einzumischen bzw. Vorschläge zu unterbreiten.

Herr Haack erklärt, dass seine Fraktion die Errichtung des Fahrradschuppens grundsätzlich problematisch sieht und keine Baugenehmigung hätte erteilt werden dürfen. Allerdings liegt eine gültige Genehmigung vor, die Bestand hat.

Herr Dr. Raith erklärt, ähnlich wie in der letzten Bürgerschaftssitzung, dass die Gestaltungssatzung in Bezug auf Nebenanlagen nicht viele Regelungen ausweist. Außerdem handelt es sich bei dem Haus um einen Sonderfall, bei dem es nicht viele Alternativen gegeben hätte. Weiterhin erklärt der Leiter des Amtes für Planung und Bau, dass es dem Bauherrn nicht zu verwehren ist, eine Nebenanlage zu errichten, da jedes Bauvorhaben über Abfallbehälter verfügt. Weiterhin betont er, dass es sich bei der Baubehörde um eine im übertragenen Wirkungskreis tätige Behörde handelt, die entscheiden musste.

Aus Sicht von Herrn Dr. Raith ist vor allem die Ansicht vom Stadttor her problematisch, wobei er der Auffassung ist, dass ein Baum oder eine Rankkiste eine Verbesserung erzielen würde. Den Sockel befürwortet der Amtsleiter ebenfalls.

Herr Röhl zeigt die zwei seiner Meinung nach gangbaren Wege auf. Zum einen besteht die Möglichkeit, die Baugenehmigung zu widerrufen oder den Anbau mit den angekündigten Verbesserungen hinzunehmen.

Herr Suhr erinnert an die letzte Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung, in der vereinbart wurde, dass sich die Fraktionen noch einmal mit der Gestaltungssatzung befassen und Änderungs- bzw. Ergänzungsbedarf anzeigen.

Herr Suhr spricht sich dafür aus, dass dem Ausschuss das endgültige Ergebnis in Bezug auf den Fahrradschuppen vorgestellt wird. Allerdings hält er es nicht für geboten, dass der Ausschuss sich in Baugenehmigungsverfahren einmischt.

Herr Haack stimmt den Ausführungen von Herrn Suhr zu.

Herr Dr. Raith weist darauf hin, dass die Bauaufsichtsbehörde nicht an einen Beschluss der Bürgerschaft oder eine Empfehlung des Ausschusses gebunden ist.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, sich die Anpassungen an dem Fahrradschuppen noch einmal vorstellen zu lassen, wenn eine Einigung zwischen Bauherr und Verwaltung vorliegt. Weiter sollte der Einzelfall nicht betrachtet werden.

In einer der nächsten Sitzungen wird die Gestaltungssatzung der Hansestadt Stralsund diskutiert werden.

Herr Bauschke schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.3 Greifswalder Chaussee, Bereich Haltestellen Memo Klinik - Vorstellung Entwurfsplanung

Frau Wilcke erklärt die geplante Umgestaltung der Greifswalder Chaussee im Bereich der Haltestelle Memo Klinik.

Die Fahrbahn weist an dieser Stelle eine Breite von 14,50 m aus und ist in verschiedene Fahrspuren aufgeteilt.

Die Einfahrt in die Stadt soll so umgestaltet werden, dass die Haltestellen als Fahrbahnrandhaltestellen eingerichtet werden. Das heißt, dass der Bus nicht mehr in eine Haltebucht einfährt, sondern am Fahrbahnrand hält. Hinter den Bussen erfolgt dann die Querung der Fahrbahn unterstützt durch eine Mittelinsel. Die jetzigen Zuwegungen zu den Bushaltestellen bleiben erhalten. Außerdem werden die Haltestellen barrierefrei umgebaut.

Der Umbau sorgt außerdem dafür, dass der zu Fußgehende in jeder Richtung nur eine Fahrbahn zu kreuzen hat.

Außerdem soll über die Greifswalder Chaussee eine neue Zufahrtsmöglichkeit zu den Märkten, speziell zu EDEKA geschaffen werden. Dies erfolgt durch einen privaten Investor.

Es werden 13 Bäume gepflanzt und jeweils ein spezieller Baum (Rotbuche) an den Haltestellen.

Da die Maßnahme im nächsten Jahr realisiert werden soll, wurde ein entsprechender Fördermittelantrag vorbereitet, der Ende Juli eingereicht werden soll. Die Fertigstellung der Maßnahme ist für Herbst 2026 geplant.

Die Zufahrt soll Anfang nächsten Jahres vom Entwicklungsträger realisiert werden. Die Annahme von Herrn Gottschling, dass die Zufahrt zu den Märkten von den Betreibern dieser realisiert wird, bestätigt Frau Wilcke.

Herr Dr. Raith ergänzt, dass der Vorschlag, die Einfahrt zu verlegen, von der Verwaltung kam. Aufgrund der geplanten Bauvorhaben in der Zukunft soll so der Verkehr aus den Wohngebieten herausgehalten werden.

Herr Suhr erkundigt sich, ob die jetzige Zufahrt auch weiterhin genutzt werden kann. Die jetzige Zufahrt wird erhalten bleiben, wobei davon ausgegangen wird, dass diese nur zu Stoßzeiten oder in Ausnahmefällen genutzt werden wird.

Sollte es so kommen, dass die neue Einfahrt vermehrt als Abkürzung genutzt wird, werden Anpassungen erfolgen.

Herr Radtke begrüßt, dass der Bus auf der Fahrbahn hält. Ihn interessiert, ob die Verwaltung, vor allem in der Saison mit Blick auf den Fernverkehr mit Staus rechnet. Frau Wilcke führt dazu aus, dass der Bus die Strecke nicht in einer 5 Minuten-Taktung fährt. Außerdem ist aus Sicherheitsgründen nicht vorgesehen, dass der Bus von Autos überholt wird. So wird auch verhindert, dass Passanten die Straße vor dem Bus überqueren.

Vermutlich zum Ende des Jahres wird dem Ausschuss eine Vorlage zur Vergabe der Maßnahme vorgelegt.

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Der Ausschussvorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.4 Stadtrundfahrten Altstadt - Lösungsmöglichkeiten Konfliktsituationen

Die von Herrn Bogusch gezeigte Präsentation wird dem Protokoll aus Anlage beigelegt.

Herr Bogusch erklärt, dass die Regelungen, wie er sie vorstellt, für ein schwieriges Umfeld noch die optimale Lösung bietet.

Derzeit werden in der Hansestadt Stadtrundfahrten von drei Anbietern angeboten, zwei mit Wegebahnen und eine mit Bussen.

Die Fahrten bewegen sich im Bereich der Personenbeförderung. Dabei wird zwischen dem Linienverkehr (VVR) und Gelegenheitsverkehr (Taxi) unterschieden.

Der Linienverkehr zeichnet sich unter anderem durch mindestens zwei Haltestellen und einen Fahrplan aus. Bei den Stadtrundfahrten handelt es sich um Gelegenheitsverkehr, welcher durch den Landkreis genehmigt wird. Und zwar denjenigen Landkreis, in welchem das Unternehmen seinen Firmensitz hat.

In Bezug auf die Wegebahnen gibt es zwei Besonderheiten. Da es sich um eine Personenbeförderung auf Anhängerbasis handelt, bedarf es einer Ausnahmegenehmigung von der unteren Verkehrsbehörde. Diese legt auch die Wegeführung für die Rundfahrten fest. Die Busse bewegen sich nach der Straßenverkehrsordnung ohne dass eine Route festgelegt wird. Den Wegebahnen ist es untersagt, Fußgängerzonen und die Hafeninsel zu befahren.

Herr Bogusch zeigt, wo in der Stadt welcher Anbieter vertreten ist. Außerdem macht er deutlich, dass es unter den Anbietern und auch mit der Verwaltung intensive Auseinandersetzungen gibt, wer welchen Standort nutzt. Es gibt Standorte auf dem Neuen Markt (Milchbar) und im Nahbereich der Hafeninsel. Die Ausführungen von Herrn Bogusch machen deutlich, dass es gerade im Bereich der Hafeninsel viele Versuche gab, die Bahnen und Busse gut und sicher zu positionieren. Da es immer wieder Beschwerden gibt und die Gegebenheiten nicht optimal sind, ist es schwer, eine zufriedenstellende Lösung zu finden.

Die Erarbeitung eines Konzeptes ist schwierig, wenn alle Anbieter einen Platz in der See-straße erhalten sollen bzw. beanspruchen.

Herr Dr. Raith ergänzt, dass es einer Entscheidung der Bürgerschaft für oder gegen die Rundfahrtanbieter bedarf. Wobei bei einem Votum dafür klar sein muss, dass die An- und Abfahrtstandorte nicht grundlegend geändert werden können.

Auf die Nachfrage von Herrn Bauschke erklärt Herr Bogusch, dass die Rechtslage schwierig ist und die Stadt quasi nur über die Versagung der Sondergenehmigung zur Aufstellung des Werbeschildes eines Stadtrundfahrtenanbieters Einfluss nehmen kann.

Es wäre auch möglich, keine Stellen auszuweisen, an denen die Fahrzeuge halten können, da es dafür keine rechtliche Grundlage gibt.

Herr Gottschling erfragt, ob es möglich ist, Stadtrundfahrten auszuschreiben und die Leistung nur an einen Anbieter zu vergeben. Diese Frage kann der Mitarbeiter des Amtes 60 nicht rechtssicher beantworten, teilt aber mit, dass ihm dieser Verfahrensweg nicht bekannt ist.

Im Bereich von Carsharing-Fahrzeugen allerdings gibt es die Möglichkeit einer Ausschreibung. Dies ist im Gesetz zur Bevorrechtigung von Carsharing geregelt.

Herr Bauschke regt an, dass die Fraktionen sich noch einmal mit der Problematik beschäftigen und eventuell Anträge in die Bürgerschaft einbringen.

Er schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.5 Projekt "Grüner Boulevard" - Verkehrsversuch

Herr Bogusch teilt mit, dass ein erster Entwurf des Markierungs- und Beschilderungsplans für den Verkehrsversuch vorliegt.

Zum Zeitpunkt des Verkehrsversuches soll die bauliche Anbindung an den Ehm-Welk-Weg schon geschaffen sein.

Ende der 29. KW soll die Ausschreibung für den Versuch erfolgen. Ziel ist es, am 15.09.2025 mit dem Verkehrsversuch zu starten und bis zum 30.11.2025 durchzuführen.

Herr Röhl kritisiert, dass Teile des Verkehrs durch den Ehm-Welk-Weg geleitet werden und fragt, ob diese Maßnahme nötig ist, in einem bisher ruhigen Wohngebiet.

Die Verwaltung nimmt an, dass durch diese neugeschaffene Möglichkeit der Verkehr in der Thomas-Kantzow-Straße entlastet wird. Ein Aspekt, der geprüft werden muss ist, ob viele Autofahrenden die Parallelstraße zum Heinrich-Heine-Ring nutzen.

Auf die Frage von Herrn Radtke erklärt Herr Dr. Raith, dass es entlang des Grünen Boulevards Baumpflanzungen und neue Grünflächen geben wird. Die Planungen dafür sind aber noch nicht abgeschlossen. Geplant ist, dass ein Rigolensystem zum Einsatz kommt, um die Bäume zu bewässern. Im Zuge des Verkehrsversuches soll bereits versucht werden, den städtischen Raum zu beleben.

Da es keine weiteren Fragen gibt, schließt der Ausschussvorsitzende den Tagesordnungspunkt.

zu 4.6 Jahresbericht der Klimaschutzbeauftragten

Die von Frau Niemann gezeigte Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Seit 01.10.2024 ist Frau Niemann Klimaschutzbeauftragte der Hansestadt Stralsund. Ein Sperrvermerk für eine zusätzliche Stelle soll möglichst aufgehoben werden, um alle Projekte umsetzen zu können.

Zu den laufenden Projekten zählen u. a.:

- **BioRegAL - Projekttag auf Bauernhöfen**

Das Projekt wird mit der Bedingung, dass es weiter gefördert wird, ausgebaut. Die Erweiterung des Projektes wird gerade erarbeitet.

- **EnergieTag MV und Solarbootrennen**

In diesem Jahr wird nur das Solarbootrennen stattfinden und nicht die Messe mit den Ausstellern. Das Konzept wird überarbeitet, um so noch mehr Spezialfirmen anzusprechen und mehr Publikum zu gewinnen.

- **Klimaanpassungskonzept**

Der aktuelle Stand ist, dass das Projekt aus personellen Gründen vorzeitig beendet wird. Demnächst wird aber eine Stadtklimaanalyse vorliegen, die als Grundlage für weitere Maßnahmen dienen kann.

- **Kommunale Wärmeplanung**

Der finale Bericht soll im November vorliegen und dann veröffentlicht werden. Die Wärmeplanung gilt als eine Basis für eine klimaneutrale Wärmeversorgung der Hansestadt Stralsund.

- **DPOs – Schwimmende Mülleimer**

Es konnten zwei schwimmende Mülleimer beschafft werden, deren Probelauf soll starten, wenn alle technischen Fragen geklärt sind. Außerdem muss geprüft werden, ob ein mit den Mülleimern in Zusammenhang stehendes Projekt, in Kooperation mit dem OZEANEUM, wiederaufgenommen werden kann.

- **STADTRADELN**

Es handelt sich um eine jährliche Aktion, bei der auch in diesem Jahr die Teilnehmerzahlen und die Anzahl der gefahrenen Kilometer gesteigert werden konnten.

- **Restaurierung von Seegraswiesen im Sund**

Ein Projekt welches sich in den Anfängen befindet und bisher leider zeigt, dass das Seegras deutlich zurückgegangen ist.

Weiterhin geht Frau Niemann auf zwei laufende **Fördermittelanträge** ein:

- **BioKueLe – Ernährung macht Schule**

Ziel ist es, die Verpflegung aus den Schulküchen zu hinterfragen und zu schauen, wie Kinder nach gewissen Standards gesund und regional ernährt werden können.

- **InnoWaQ – Innovative Wärmeversorgung im Quartier**

An Hand von drei Standorten soll geprüft werden, wie technische und wissenschaftliche Optimierungen in der Wärmeversorgung vorgenommen werden können.

Außerdem ist die Klimaschutzbeauftragte zur Unterstützung / Beratung an folgenden Fremdprojekten beteiligt (Beispiele):

- Beratung der Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund (WFE) bei Erstellung eines Förderantrags für eine Klimaanpassungsmaßnahme
- Zuarbeit eines Konzepts („Grüne Oase“ – Gemeinschaftsgarten) und eines Projektpartners (Acker e. V.) für ein gefördertes Klimaschutzprojekt der Stadterneuerungsgesellschaft (SES)
- Gemeinsam mit Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Entwicklung einer Akzeptanzkampagne „Müll/ städtische Papierkörbe“

Nachfolgend nennt Frau Niemann noch die Netzwerke in denen sie aktiv ist bzw. mit denen sie sich austauscht.

- Agentur für kommunalen Klimaschutz
- Klima-Bündnis
- Institut für Regenerative Energiesysteme (IRES)
- Vorpommern Netzwerk Nachhaltigkeit
- Kommunales Netzwerk Klimaanpassung
- AG Klimaschutz und Wärmeplanung Mecklenburg-Vorpommern (LEKA, leea, Städte- und Gemeindetag MV, Ministerium für Klimaschutz und Minister Backhaus)

Abschließend gibt die Klimaschutzbeauftragte noch einen Ausblick auf die nächsten Monate. Das Augenmerk liegt auf der Fortführung der laufenden Projekte. Außerdem werden die Internetseiten der Hansestadt zum Thema Klimaschutz aktualisiert und überarbeitet. Es ist geplant, dass Stralsunder Klimaschutzkonzept auf umgesetzte Maßnahmen zu prüfen und zu schauen, ob die vereinbarten Ziele eingehalten wurden bzw. werden.

Herr Bauschke bedankt sich bei Frau Niemann für die Ausführungen. Er begrüßt, dass es sich bei vielen Themen um regionale Projekte handelt und lobt das Engagement und die Einsatzbereitschaft.

Herr Gottschling erfragt, warum bei dem Projekt „InnoWaQ – Innovative Wärmeversorgung im Quartier“ auch Dettmannsdorf betrachtet wird. Dazu erklärt Frau Niemann, dass es sich um ein Verbundprojekt handelt, für welches Voraussetzung war, dass auch ein ländlicher Raum betrachtet wird.

Herr Suhr lädt Frau Niemann für den September in seine Fraktion ein, um Aspekte des Klimaschutzes zu erörtern.

Herr Suhr bedauert, dass mühsam angeschobene Projekte nicht zu Ende gebracht werden. Außerdem fragt er, warum das Projekt „Grüne vs. steinerne Stadt“ nicht genannt wurde. Dazu erklärt die Klimaschutzbeauftragte, dass der Bericht nur die Arbeit der Klimaschutzbeauftragten abbildet. Projekte, die in andern Ämtern angesiedelt sind, sind nicht aufgeführt.

Die Ausschussmitglieder haben keine weiteren Fragen.

Herr Bauschke schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 5 Verschiedenes

Herr Bauschke informiert, dass er das Schreiben des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr, in dem der Ausschuss bzw. die Bürgerschaft zu einer Stellungnahme bezüglich der Ablehnung von verkehrsberuhigenden Maßnahmen aufgefordert wird, dem Rechtsamt zur Prüfung vorgelegt hat. Aus seiner Sicht bedarf es einer Grundsatzentscheidung, ob dies zulässig ist. Sobald das Ergebnis der Prüfung vorliegt, wird der Ausschuss informiert.

Herr Suhr regt an, dass dem Ausschuss geplante Maßnahmen in der Prohner Straße vorgestellt werden, da hier der Lärmaktionsplan greift.

Herr Dr. Raith informiert, dass der nächste Bauabschnitt im Schwarzen Weg beginnen wird. Außerdem teilt er mit, dass die Beleuchtung Birkenweg in diesem Jahr ausgeschrieben werden soll, ob die Realisierung noch in diesem Jahr erfolgt, ist aber noch unklar.

Abschließend informiert der Leiter des Amtes für Planung und Bau, dass der neue Durchlass für die Teiche und damit die Baumaßnahme auf dem Tribseer Damm sich auf das nächste Jahr verschiebt.

Da es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung keinen Redebedarf gibt, entfallen die übrigen Tagesordnungspunkte. Herr Bauschke schließt die Sitzung.

zu 10 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Stefan Bauschke
Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung